

Altstadt Mörfelden - wie geht es weiter?

Der Wunsch nach mehr Attraktivität, aber auch nach mehr Wohnqualität und Verkehrsberuhigung in der Mörfelder Innenstadt, wird schon sehr lange diskutiert. Die DKP/OL-Fraktion im Stadtparlament hat hierzu schon mehrere Initiativen gestartet. Die Sünden der siebziger Jahre sind leider nicht mehr rückgängig zu machen. Das alte Forstamt mit seinem parkähnlichem Gelände im früheren Wallgraben und Fachwerkhäuser in der Langgasse bzw. im Eck mußten einem Modernisierungswahn weichen, bei dem alles Alte nichts mehr galt. Hinzu kam die immer stärker werdende Verkehrsbelastung auch in der Innenstadt. Gebäude wie das Rathaus, die Mörfelder und Groß-Gerauer Volksbank, sowie der Flachbau des Supermarktes (Tengelmann) haben nicht zur Verschönerung des Stadtbildes beigetragen.

Einzelmaßnahmen zur Verbesserung und Verschönerung wurden von der Stadt in den letzten Jahren zweifelsohne unternommen. Die Sanierung des alten Rathauses, des Goldenen Apfels inklusive Hofreite und Museum, sowie des Museumstreffs und Kaminclubs, können als gelungen bezeichnet werden. Jedoch der große Wurf, das alle befriedigende Konzept ist bisher nicht geglückt. Die Einzelhandelsstruktur im Kern der Altstadt hat sich negativ verändert und die Fluktuation der Geschäfte bis zu deren Schließung ist groß. In den letzten Monaten haben sich zu einem „Werkstattgespräch“ interessierte Bürger zusammengefunden um Lösungsvorschläge aufzugreifen bzw. auszuarbeiten. In einer Abschlußver-

anstaltung kamen viele Interessierte zu Wort und an guten Gedanken fehlte es nicht. Vieles müßte in den nächsten Jahren angegangen werden u.a. am Bahnhof, in der Friedrichstraße/Wolfs-

(Fortsetzung nächste Seite)

Die DKP/OL-Fraktion hat „Anfragen“ in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, damit bald etwas geschieht:

Dabei wird gefragt:

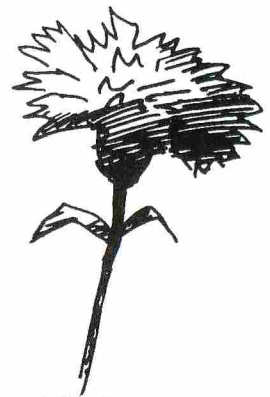
Wann ist mit einem ersten Termin- und Maßnahme-Plan zur Umsetzung der Ergebnisse der Altstadt-Werkstatt zu rechnen?

Gibt es Schwerpunkte, die zuerst angegangen werden sollen und welche sind das?

Wird die Stadtverwaltung die Ideen und Vorschläge umsetzen, oder werden dazu jeweils Anträge der Fraktionen erwartet?

In der Begründung heißt es u.a.:

Allein aus unserer Fraktion gab es in den letzten Jahren zahlreiche Parlaments- und andere Initiativen zum Thema. Die Anzahl und der Inhalt der Initiativen dürften unser Interesse an schneller Umsetzung der Werkstatt-Ideen begründen. Wir wollen, daß noch in dieser Wahlzeit sichtbare Zeichen gesetzt werden.



Maifeier '99

in Mörfelden-Walldorf

1. Mai

10 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden

Es spricht:

Arno Enzmann, IG Medien

Mit Kulturprogramm

Anschließend:

Demonstration vom
Bürgerhaus zum
„Goldenen Apfel“

Hier gibt es
Informationen
Musik, Kaffee, Kuchen,
Eintopf, Getränke,
Grillspezialitäten

Alle Bürgerinnen und
Bürger sind herzlich
eingeladen.

gartenstraße, am Dalles und in der Bahnhofstraße mit einer angedachten Durchfahrt vom Parkplatz zur Frankfurter Straße, in der Kalbsgasse und am alten Bauhof (Langgasse). Als erstes steht wohl die Sanierung Kalbsgasse an. Hier sollte die Planung unbedingt mehr Grünflächen als Parkplätze beinhalten. Verstärkt kam der Wunsch aus der Bevölkerung nach mehr Verkehrsberuhigung, auf keinen Fall mehr Parkplätze im Stadtkernbereich, wodurch nur mehr Autoverkehr angezogen würde. Viele der Anwesenden verlangten auch Verbesserungen und mehr Sicherheit für Radfahrer. Jetzt sind die politischen Gremien der Stadt gefordert und nach dem Motto „allen wohl und niemand wehe“ wird es nicht zu bewerkstelligen sein.

Heinz Hechler

Zum Thema „30-km-Zonen“ in Mörfelden-Walldorf fragte die DKP/OL-Fraktion jetzt den Magistrat:

Wie ist der Stand der Planung zu 30-km-Zonen in unserer Stadt?

Welche zeitlichen Perspektiven gibt es zu ihrer Verwirklichung?

Welche Stadtteile erhalten Priorität?

Wo liegen die Schwierigkeiten bei der Umsetzung?“

In der Begründung heißt es:

Die Verwirklichung des einstimmigen Stadtverordnetenbeschlusses läßt auf sich warten. Ein Konzept, das den zeitlichen Rahmen, die Reihenfolge und die Finanzierung beinhaltet, sollte Grundlage des weiteren Vorgehens sein.

Man sollte nicht darauf warten, daß vielleicht ein Gesetz die generelle Einführung von Tempo 30 in bebauten Ortslagen vorsieht. Die Umgestaltung von Straßenraum bedeutet auch Begrünung und mehr Fußgänger- und Fahrradverkehrsfreundlichkeit.

Müll, Müll, Müll . . .

Die Abfallmengen nehmen ab und die Gebühren steigen. Die Kommunen entsorgen den Restmüll und Private verdienen sich mit „Abfällen zur Verwertung“ aus Gewerbe und Industrie goldene Nasen. So plakativ kann man die Problematik beschreiben.

Die starke Zunahme des Abfalls in den letzten Jahrzehnten verlangten entsprechende Investitionen in Entsorgungsanlagen. Die Auflagen für solche Anlagen stiegen mit der Umweltproblematik und der Sensibilisierung der Bevölkerung. Genügte den Mörfeldern eine Kiesgrube, um den Müll „verschwinden zu lassen“, so sind heute für Deponien kostenaufwendige Sickerwasser-Erfassungs- und Reinigungsanlagen zum Schutze des Grundwassers notwendig. Die Müllverbrennungsanlagen benötigen hochtechnische und teure Filteranlagen. Es dürfen ab 1. Juni 2005 nur noch Verbrennungsrückstände des Mülls abgelagert werden. Durch das KrW-/AbfG (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz), das am 7. 10. 1996 in Kraft trat, konnten Gewerbebetriebe ihren Abfall als Wertstoffe deklarieren und auf anderen Wegen als über die kommunale Müllabfuhr entsorgen. Das tun sie auch, weil es teilweise erheblich billiger ist. Mit der Folge, daß viele Kommunen (auch der Kreis Groß-Gerau) plötzlich auf zu großen Entsorgungsanlagen sitzen. Deren Fixkosten sollen nun von den privaten Haushalten getragen werden.

Ein besonderes Kapitel ist das Duale System. Mit diesem Verfahren wird den Bürgern zweimal Geld aus der Tasche gezogen. Einmal werden die Waren teurer, weil der grüne Punkt Geld kostet. Dann werden die Abfälle extra gesammelt und größtenteils verbrannt. Dieses kostet Geld, was den Kommunen für ihre Müllentsorgung fehlt. Also sollen sie die Gebühren erhöhen.

Seit vielen Jahren macht man sich in unserer Stadt die Mühe, um Kosten zu reduzieren. Per Müllkonzept wird Getrenntmüllsammmlung betrieben. Viele Mülltonnen zieren die Grundstücke, Container für Glas und Dosen, Kleider und Schuhe „verschönern“ das Straßenbild. Fast täglich wecken Müllfahrzeuge die Bürger. Der Müllkalender mit den Abholzeiten hängt gut sichtbar in

der Küche und Broschüren lehren die Bürger was wohin gehört. Fehlverhalten wird bald detektivisch kontrolliert und mit rotem Zettel geahndet. Die Methode hat Erfolg. Konnten 1995 41,76% der Müllmenge in Mörfelden-Walldorf als Recycling-Abfall gelten, so stieg die Prozentzahl in 1998 auf 58,03. Über die Hälfte des Abfalls wird also wiederverwertet. Man darf aber annehmen, daß damit die Sache ausgereizt ist.

All diese Bemühungen sind aber nur ein Kratzen an der Oberfläche der Problematik. Man bekämpft die Symptome aber nicht die Ursache. Die Gesamtmüllmenge steigt weiter. 1998 um 1,61%.

Diesem Einhalt zu gebieten kann nur über Gesetze geschehen. Die Einwegbehältnisse und Verpackungen müssen reduziert werden, bei Neukauf (z. B. Elektroartikel, Fernseher, Computer) sollte die Verpflichtung bestehen, das Altgerät zurückzunehmen.

Es muß einen „Lastenausgleich“ für die Kreise geben, die durch neue Gesetzeslagen benachteiligt wurden. Privaten darf es nicht länger erlaubt sein, die „Rosinen“ aus dem Müll zu fischen und mit Billigentsorgung hohe Profite zu erzielen.

21. APRIL 1999

An diesem Tag wird zum zweiten Mal der TAG FÜR DIE RUHE - GEGEN LÄRM stattfinden.

An diesem Tag sollen bundesweit - in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in öffentlichen Institutionen wie z.B. Schulen, Museen, Universitäten oder auch HNO-Kliniken, in Einkaufspassagen etc. - Aktionen durchgeführt werden, die die Aufmerksamkeit auf die Belastungen durch Schalleinwirkungen lenken.

Je mehr Aktionen zur Aufklärung über die Belastung durch Schalleinwirkungen an diesem Tag gestartet werden, um so größer wird die Aufmerksamkeit gegenüber der Forderung nach Ruhe werden.



Walldorf 300



Geschichten
Berichte
Dokumente

Zu einem besonderen Jubiläum - eine besondere Festschrift. Es wurde verzichtet auf Vorworte (die eh kaum jemand liest), dafür gibt's viele Informationen. Authentische Berichte von kompetenten Autoren. Immer wieder bemerkenswert, wie gut viele Menschen schreiben, wenn - ja wenn man sie nur dazu auffordert.

Die Autoren, unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger aus Walldorf haben Geschichten aufgeschrieben. Geschichten aus denen Geschichte wird. So ist eine Heft entstanden, das man sich aufheben und in Jahrzehnten wieder hervorsuchen kann. Dann wird man feststellen können: es hat seinen Wert behalten.

Brecht schrieb mal ein schönes Gedicht: „Legende von der Entstehung des Buches Taoteking auf dem Weg des Laotse in die Emigration“. Hier heißt es am Schluß:

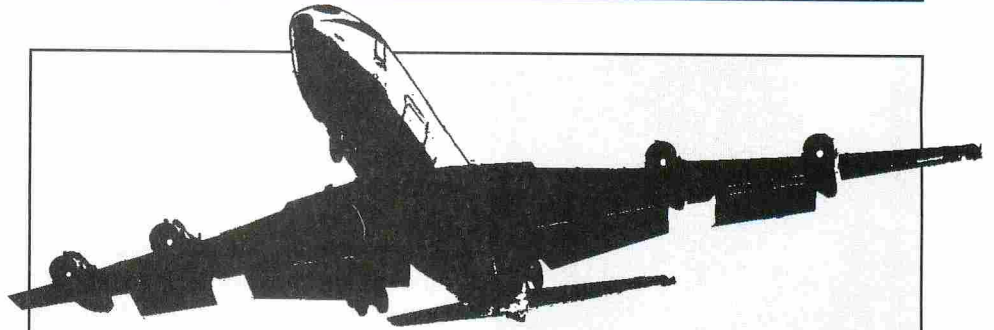
*„Aber rühmen wir nicht nur den Weisen
Dessen Name auf dem Buche prangt!
Denn man muß dem Weisen
seine Weisheit erst entreißen.
Darum sei der Zöllner auch bedankt:
Er hat sie ihm abverlangt.“*

Die Festschrift wird in Walldorf verteilt und ist in den Rathäusern erhältlich.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

FLUGHAFEN ✈ NEWS



Gesundheit Schlaf Nachtflüge

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit
Dr. Winfried Beck
Verband demokratischer Ärzte

Mittwoch, 21. April 1999, 20 Uhr
Evangelisches Gemeindezentrum Mörfelden



Eine Veranstaltung der
Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung

Kirchenvorstand Walldorf bezieht Stellung zum Flughafen

Der Kirchenvorstand der evangelischen Kirchengemeinde Walldorf lehnt eine Erweiterung des Flughafens Frankfurt ab und tritt für Schritte zur nachhaltigen Entwicklung des Verkehrs ein.

Der Vorstand fordert die Kirchenleitung auf, in diesem Sinn eindeutig Position zu beziehen.

Eine Arbeitsgruppe der Kirchenleitung hatte den Gemeinden ein Papier vorgelegt, das den Flughafenausbau unter Perspektiven ökonomischer, sozialer, ökologischer und theologischer Art betrachtet und den Gemeinden zur Orientierung in ihrem Entscheidungsprozeß dienen sollte.

In Walldorf wurden diese Argumente vorgestellt und diskutiert.

Der Kirchenvorstand meinte in seiner Antwort: „Wir können uns nicht raus halten, wenn wir Argumente wie Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit ernstnehmen“.



Nein zum Krieg!

1945 hieß es in Deutschland: Nie wieder Krieg! Jetzt ist die Bundeswehr an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligt!

Die Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat ihr Amt unter der Losung angetreten „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“. Inzwischen ist dieser Slogan genauso zynisch wie das Kohl-Wort „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister hat trotz Sparzwang im gesamten Etat einen Rüstungshaushalt in Höhe von 46,7 Milliarden DM durchgesetzt. Die mittelfristige Planung sieht eine weitere Steigerung vor. Bis zum Jahr 2000 auf 48,3 Milliarden und bis 2002 auf 49 Milliarden DM.

Die Politiker der SPD, der Grünen, der CDU/CSU und FDP sagen, man müsse eine humanitäre Katastrophe verhindern. Sie sagen nicht, daß mit den Bombardements mittlerweile eine viel größere humanitäre Katastrophe ausgelöst wurde. Sie reden mit zwei Zungen: Der Völkermord gegen die Kurden in der Türkei wird ignoriert, die Türkei ist schließlich in der Nato. Außerdem, die Bundesrepublik verkauft

nach wie vor Waffen an die Türkei. Die Bundesregierung und die Nato haben die zivile Konfliktbearbeitung auf dem Balkan nicht unterstützt. Sie haben aber zur Eskalation der Kosovo-Krise beigetragen.

Wir sagen: Wer den Frieden will, darf Serbien nicht bombardieren!

Wer den Frieden will, muß den Frieden vorbereiten!

Aber: Für die Entwicklung ziviler Konfliktbearbeitung hat die neue Regierung mit sechs Millionen Mark nur den Gegenwert eines Panzers bereitgestellt. Allein in der ersten Phase der Bombardierung Jugoslawiens werden 600 Millionen Mark, das Hundertfache, ausgegeben.

Ende Februar 1999 wurde dem Deutschen Bundestag durch die Regierungskoalition unter Mithilfe der rechten Oppositionsparteien die Zustimmung zu einer Verlagerung von Truppen und schwerem militärischen Gerät unter anderem mit dem Argument nahegelegt, größerer militärischer Druck erhöhe die Chancen der Verhandlungen. Lediglich die PDS-Fraktion stimmte in namentlicher Abstimmung dagegen.

Nun zeigt sich, daß der militärische Druck eben nicht zu einer Dialog-Lösung geführt, sondern die Ausgangspositionen zusätzlich verhärtet hat.

Wenn Nato und Bundeswehr Jugoslawien jetzt bombardieren, dann ist das Tor auf für militärische Interventionspolitik. Der sozialdemokratische „Verteidigungs“minister kalkuliert das ein, der „Grüne“ Außenminister unterstützt den Angriffskrieg.

Das ist eine neue Situation, auch für

die Parteien in unserer Stadt. Hier leben Einwohnerinnen und Einwohner aus vielen Ländern friedlich zusammen. Dabei sind solche die aus dem Kosovo kommen und ca. 260 Menschen, die aus Serbien und Montenegro stammen.

Viele dieser Menschen telefonieren mit ihren Angehörigen, betrachten mit Sorge und Angst die Fernsehbilder.

Wir teilen ihre Sorge und ihre Angst. Wir sehen: Die seitherigen Verhandlungen haben sich in der Nato-Falle verfangen, und die Möglichkeiten der OSZE und der UNO wurden in den Wind geschlagen.

Wir wollen nicht erneut deutsche Kombi-Stiefel auf dem Balkan und befürchten, daß bald die ersten Zinksärge auf dem Flughafen Rhein-Main ankommen. Wir sagen: Alle, die eine solche Entwicklung verhindern wollen, müssen öffentlich protestieren und Widerstand gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland leisten.

Wir sagen nein zum völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien!

1945 war es selbstverständlich: Nie wieder Krieg! Das gilt für uns auch heute noch!

Wir fordern:

- **Schluß mit der Bombardierung!**
- **Keine Zustimmung der Bundesregierung zur neuen NATO-Strategie!**
- **Drastische Reduzierung des Rüstungshaushaltes!**
- **Keine neuen Rüstungsprojekte!**
- **Ausstieg aus dem teuren Eurofighter-Programm!**

Fotos: Friedensdemonstration in Frankfurt



Vorndran verärgert SKV-Mitglieder

Auf der Jahreshauptversammlung der SKV, des größten Vereins der Stadt mit 3700 Mitgliedern, gingen am 25. März nach anfänglich harmonischem Verlauf am Schluß doch noch die Wogen hoch.

Grund hierfür waren die Worte des 1. Stadtrates und Sportdezernenten H.J. Vorndran. Nach seiner Begrüßung kam er auf den schon lange gehegten Wunsch des Vereins nach einer Tartan-Laufbahn im Waldstadion zu sprechen. Inzwischen lägen zwei Anträge, also auch noch ein Antrag eines Walldorfer Vereins (TGS) zum Bau einer solchen Anlage vor. Die Stadt müsse aber beide gleich behandeln und so käme, gemäß des Sportentwicklungs-



planes der Stadt, der Bau eines neuen Sportstadions in Höhe der Gesamtschule in Betracht, meinte er.

Die SKVler betrachten diesen Gedanken aber als eine Verschiebung ihrer Wünsche auf den St. Nimmerleinstag. Mitglieder riefen in den Saal „Bis das gebaut ist, sind die heutigen jungen Leichtathleten im Rentenalter!“ oder „So wird ein Sportentwicklungsplan zum Sportverhinderungsplan!“. Ein anderes Mitglied fragte den 1. Stadtrat, was denn ein neues Stadion kosten würde, worauf er antwortete, „sicher einige Millionen Mark“.

Im Waldstadion ist die Infrastruktur für die kostengünstigste Lösung vorhanden. Die Kosten der ersten Ausbaustufe im Mörfelder Waldstadion betragen gegenüber einem Stadion-Neubau lt. Angebot 630 000 Mark. Hierbei ist ein Zuschuß des Landes und des Kreises zusammen in Höhe von gut 200 000 Mark zu erwarten. Die Stadt müßte laut Bezuschussungsrichtlinien ca. 125 000 Mark beitragen, sodaß der Verein noch etwa 300 000 Mark selbst aufbringen

müßte. Die gleiche Summe käme noch einmal auf alle Beteiligten bei der zweiten Ausbaustufe zu. Nach dem Endausbau könnte die Stadt aber ein modernes, allen Kriterien entsprechendes, Sportstadion vorzeigen. Es könnten wieder leichtathletische Wettkämpfe aller Art stattfinden, die auch das Interesse der Schüler und Jugendlichen am Sport fördern würde. Die Fahrten der hiesigen Leichtathleten zum Training in andere Nachbarstädte könnten in Zukunft entfallen.

Der SKV-Vorsitzende Helmut Küchler berichtete: „Bereits 1979 richtete die Leichtathletik-Abteilung ihre Investitionswünsche nach einer neuen Anlage an den Vorstand des Gesamtvereins. Schon im April 1996 ging der SKV-Antrag auf Bezuschussung an den Magistrat der Stadt zur Weiterleitung an die Hessische Landesregierung, den Kreis Groß-Gerau und das Regierungspräsidium. Die Zuschüsse des Landes und des Kreises wurden kurzfristig zugesagt. Wenn die Stadt nun nicht mitzieht, verfällt der Zuschuß.“

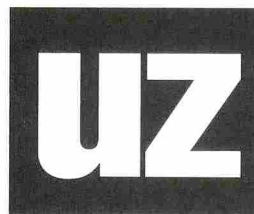
Tartanbahnen sind Kunststofflaufbahnen und haben landesweit die früheren Aschenbahnen abgelöst. Hierzu gehören auch Anlagen für Kugelstoß-, Weitsprung- und Hochsprungwettkämpfe. Es wäre also an der Zeit, daß das hiesige Stadion der SKV Mörfelden, wunderschön im Wald gelegen, nach seiner Einweihung im Jahre 1953, endlich eine den heutigen Anforderungen entsprechende Erneuerung bekäme. Diese Anlage könnte auch für die Stadt Mörfelden-Walldorf ein Aushängeschild sein.

Heinz Hechler

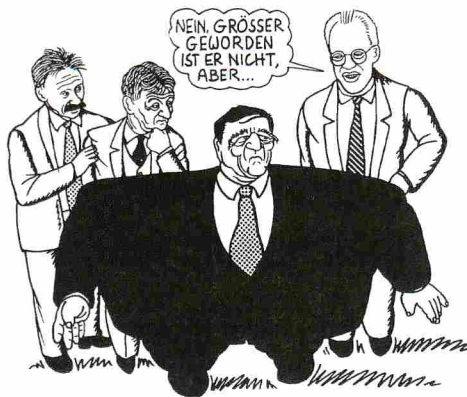
Züblin, Pittler und Co. - gleiche Brüder, gleiche Kappen

Während der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde mit den Stimmen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der CDU, ein DKP-Appell an Züblin angenommen. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Kurt Oeser hat den Appell mittlerweile an Züblin weitergeleitet. Zum wiederholten Male wird hier gefordert, sich der Vergangenheit zu stellen und an die wenigen noch lebenden jüdischen Frauen des KZ-Außenlagers Walldorf eine Entschädigung zu zahlen. Züblin aber weigert sich nach wie vor. Ein ähnliches Verhalten ist auch bei der früher in Langen befindlichen Firma Pittler zu registrieren. Pittler hatte im sächsischen Rochlitz viele junge jüdische Sklavenarbeiterinnen. Aufsichtsratsvorsitzender der Pittler AG war der Deutsche-Bank-Manager Hermann Josef Abs, nach dem Krieg verurteilt in Jugoslawien. Ihm assistierte Dr. Hans Pilder von der Dresdner Bank. Zitat aus der Betriebschronik: „Beide Herren haben sich bis zum Kriegsende für das Unternehmen eingesetzt. Ihnen ist es auch zu verdanken, daß das Werk später in Langen die Mittel zum Wiederaufbau erhielt.“ Die Pittler AG sucht man heute vergebens auf der Liste jener Firmen, die sich finanziell in den zu bildenden Entschädigungsfonds einbringen. Die Firma ging vor fünf Jahren in Konkurs. Was freilich nicht ihr Ende bedeutete. Die Fabrik wurde von einem US-Unternehmen aus Ohio aufgekauft. Das neue, multinationale Unternehmen hat „mit der Zwangsarbeiter-Geschichte nicht das Geringste zu tun“, gab die deutsche Niederlassung in Langen Bescheid. Abs machte unter Adenauer erneut Karriere, viele Sklavenarbeiter starben elend, für die wenigen, die noch leben, fühlt sich keiner verantwortlich.

Wochenzeitung der DKP



Probeexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion erhältlich.



Wohin steuert die SPD nach Lafontaine?

Die Enttäuschung bei vielen Sozialdemokraten über den jähen Rücktritt ihres Vorsitzenden Lafontaine hält an. Bei der SPD in unserer Stadt sieht man die Verdienste Oskar Lafontaines. „Er habe die Partei geeint“, heißt es. „Viel hänge jetzt davon ab, die Parteilinke einzubinden . . .“, war in der örtlichen Presse zu lesen.

Während der turbulenten Tage des Lafontaine-Rücktritts wurde vielen Menschen deutlich, wer eigentlich die Macht im Staate hat. Die Erwartungen des Kapitals auf einen nunmehr ungebremsten Ruck der Regierung Schröder nach rechts, hin zur weiteren und schnelleren Umverteilung von unten nach oben, wurden deutlich formuliert. Genau so deutlich sollten jetzt die Linken im Lande ihre Meinung sagen.

Unternehmer-Präsident Hundt, die Banken und Großkonzerne machen Klassenkampf, auch wenn mancher den Begriff nicht mag. Das heißt für sie Abkassieren im ganz großen Stil. Nichts mehr von sozialem Ausgleich, von sozialer Marktwirtschaft und von sozialer Gerechtigkeit ganz zu schweigen. Vieles deutet darauf hin, daß die Erwartungen des Großkapitals - der Banken, der Versicherungskonzerne, der Großindustrie - vom Kanzler und seiner Riege („Mannschaft“ nannte das Lafontaine) um Hombach und Fischer erfüllt werden.

Unternehmergewinne und Profite, Dividenden und Abzockerei an den Börsen - das ist die Richtung, die die SPD in der Nach-Lafontaine-Ära absegnen soll.

Auch wenn die Sozialdemokratische Partei unter Lafontaine nicht gerade kapitalfeindlich agierte, so gab es an

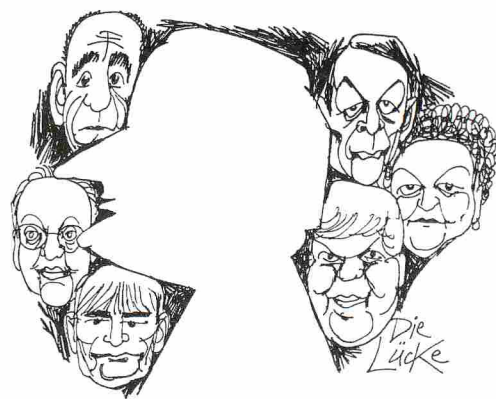
der Basis die Hoffnung auf mehr sozialen Ausgleich durch ihre Parteiführung. Auch das Veto Lafontaines gegen die Finanzierung des Bundeswehreinsetzes im Kosovo aus dem allgemeinen Haushalt war ein Akt, den die SPD-Basis zufrieden zur Kenntnis nahm. Das kann jetzt schnell anders werden, wenn Schröder auch noch SPD-Vorsitzender ist.

Wie soll das alles weitergehen? Die Bündnisgrünen übernehmen zunehmend die Rolle der FDP. Die SPD rückt nach rechts. Man hat in der langen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie mehrere solcher Schnittstellen erlebt, in denen sich die Sozialdemokratie von ihren Grundsätzen entfernte und die Flucht nach rechts antrat.

Was nun, wenn unter Schröder die Reste der gesellschaftskritischen SPD-Grundsatzpositionen über Bord gehen? Das wäre eigentlich die Stunde der Linkskräfte im Lande. In der SPD, den Gewerkschaften, der PDS, der DKP. Keine Frage, der erste Grundsatz wird und muß sein, Druck von unten zu entwickeln. In allen Bereichen. Auf allen Ebenen - auch in den kleinen SPD-Parteigruppierungen wie in Mörfelden-Walldorf.

Wer hat die Macht im Staat?

Der Rücktritt Oskar Lafontaines findet bei aller Problematik unseren Respekt. Lafontaine stand mehr als andere für die Einlösung von Wahlversprechen der SPD, sowie für den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen. Er forderte eine Politik, die auf die Erhöhung der Massenkaufkraft setzte, eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sowie einen Ausstieg aus der Kernenergie anstrebte. Er setzte sich öffentlich mit der Macht und Rolle der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank auseinander. Er warb für ein normaleres Verhältnis zur PDS. Mit dieser Politik, die ja nur wenige soziale Grausamkeiten der 16jährigen Kohl-Herrschaft rückgängig machen wollte, drückte er Hoffnungen vieler arbeitender und arbeitsloser Menschen in unserem Land aus.



Mit dieser Politik geriet er in Konfrontation zu den Unternehmerverbänden, besonders jenen aus der Energiewirtschaft und den Versicherungen, deren gigantische Gewinne und Rücklagen etwas mehr besteuert werden sollten, um entsprechend der grundgesetzlich verankerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums etwas mehr soziale Gerechtigkeit finanzieren zu können. Nach dem Rücktritt: Das Kapital wird lebhaft, die Börsianer jubeln.

Lafontaine ist mit seinen politischen Vorhaben am „Aufstand der Unternehmer“ und dem rechten Flügel seiner eigenen Partei gescheitert. Der Rücktritt Lafontaines macht schlagartig die realen Machtverhältnisse in diesem Land deutlich. Mehr denn je gilt deswegen: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

Eine neue Reformpolitik wird es nur geben, wenn außerparlamentarisch mehr Menschen in Bewegungen kommen, sich mit den Interessen der transnationalen Konzerne, der Banken und Versicherungen auseinandersetzen, ihrem Alleinherrschaftsanspruch und Gewinnstreben einen Riegel vorschieben. Hierin liegt die große Verantwortung und Herausforderung aller Linken in unserem Land und in unserer Stadt.



Wochenzeitung der DKP

Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

Chile – zwischen Schmerz und Hoffnung

VON BARBARA MUÑOZ

Am 11. September '98 gedachten etwa 60 Personen am Mörfelder Allende-Platz des blutigen Militärputsches in Chile, bei dem vor 25 Jahren der demokratisch gewählte sozialistische Präsident Salvador Allende ermordet wurde. In den 17 Jahren nach dem Putsch fielen der Terrorherrschaft unter Augusto Pinochet Zehntausende von Menschen zum Opfer, es wurde gefoltert und gemordet, etwa 3000 Menschen verschwanden. 1973 wurde eine Regierung gestürzt, die in drei Jahren vollbracht hat, was ihre Vorgänger in anderthalb Jahrhunderten nicht vermochten, die Chiles Kindern Milch, Chiles Jugend Bildung, Chiles Bauern Land, den Arbeitslosen Arbeit, Chiles Volk sein Kupfer und den Obdachlosen Wohnung gab. Der Putsch am 11. September 1973 war das Ergebnis einer heimtückischen Verschwörung der großen US-amerikanischen und multinationalen Konzerne gegen Frieden und Fortschritt, gegen Freiheit und Demokratie.

Tote und Verletzte in Chile

Wenige Tage nach der Mörfelder Veranstaltung – die übrigens auch in der chilenischen Zeitung „Punto Final“ Beachtung fand – reiste ich nach Chile und erfuhr dort von meinen Freunden, wie der 11. September 1998 verlaufen war: Fast 400 Festnahmen, ca. 80 Verletzte und 3 Tote waren die traurige Bilanz eines Tages der „einem jener ersten Tage der Diktatur gleich“, sagte mir eine Freundin“. Noch bevor wir losmarschieren konnten, wurden wir vollständig von der Polizei eingekesselt, mit Tränengas beschossen, Knüppel regneten auf uns herab.“ Christian Varela starb an einem Tränengasgeschuß, ein weiterer Demonstrant erlag seinen Kopfverletzungen, die 21jährige Tanzschülerin Claudia López starb an 3 Kugeln im Rücken. So sieht die von Regierung und Kirche immer wieder propagierte „Versöhnung“ aus. Nur wenig später, am 16. Oktober 1998, ging die unglaubliche Nachricht um die Welt: „Pinochet in England verhaftet!“

Vorgeworfen werden ihm Völkermord und massive Menschenrechtsverletzungen. In Chile konnten viele Menschen die Nachricht kaum fassen, manche fielen sich weinend in die Arme oder gingen spontan auf die Straße. Der so unantastbar scheinende General, der niemals für seine Taten belangt wurde, da er sich seine eigene Verfassung geschrieben hatte, die noch heute Gültigkeit hat (!) und ihm Amnestie sowie eine lebenslange Position als Ehrensenator zuteilt, war plötzlich in eine Falle getappt.

Die Reichen gingen auf die Straße

Aber auch die Reichen, die in jenen Vierteln von Santiago leben, die man im Volksmund „das andere Chile“ nennt, gingen auf die Straßen, demonstrierten für ihren General und malten schon wieder das Gespenst des Kommunismus an die Wand, das ihnen ihren Helden genommen hat. Alles in allem hat sich an der Situation in Chile in den Jahren seit der sogenannten Rückkehr zur Demokratie nicht viel geändert. Das angebliche Wirtschaftswunder existiert nur für die Reichen, die noch ein wenig mehr Gewinne einstreichen, der Rest der Bevölkerung lebt zum großen Teil von Mindestlohn, der oft nicht einmal die Grundbedürfnisse deckt. Was die ungleichmäßige Verteilung angeht, ist Chile in Lateinamerika einsamer Spitzenreiter. Es gibt absolut nichts, was nicht in der Zwischenzeit privatisiert worden wäre. Bildung ist nur gegen viel Geld zu haben, medizinische Betreuung ebenso. Bergarbeiter erzählten mir, daß sie von ihren Arbeitgebern gezwungen worden waren, Listen für die Freilassung Pinochets zu unterschrei-

ben. Aber trotz offener und versteckter Drohungen passiert auch etwas im Land. Die Lehrer hatten trotz aller Entlassungsankündigungen einen 27tägigen Streik für bessere Arbeitsbedingungen und kostenlose Schulbildung durchgeführt, Hafentarbeiter legten kurzzeitig die 3 wichtigsten Häfen lahm.

Ein Fest der Freude

Höhepunkt war jedoch das „Fest für die Gerechtigkeit“, das nach der Verhaftung Pinochets 35.000 Menschen in den O'Higgins Park von Santiago lockte und zu dem Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisation, Angehörige von Verschwundenen, aber auch linke Christen aufgerufen hatten. Es war ein 7 Stunden dauerndes Fest der Freude. Ein einziger nicht enden wollender Schrei der Hoffnung auf Gerechtigkeit, eine unendliche Genugtuung. Vielen trieb es die Freudentränen in die Augen.

Peter Härtling in der Buchhandlung „Quillota“

Die Hoffnung auf eine Verurteilung des Schlächters ist groß, und obwohl viele Chilenen noch immer Angst haben, in der Öffentlichkeit darüber zu sprechen, war es in der Buchhandlung „Quillota“ Thema 1. Übrigens war die Buchhändlerin ganz begeistert, als sie erfuhr, daß der Peter Härtling, dessen Kinderbücher im kleinen Schaufenster der Buchhandlung ausgestellt waren, so wie ich aus Mörfelden-Walldorf stammt, der Stadt, die als einzige in der alten BRD einen Platz zu Ehren des ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende hat.

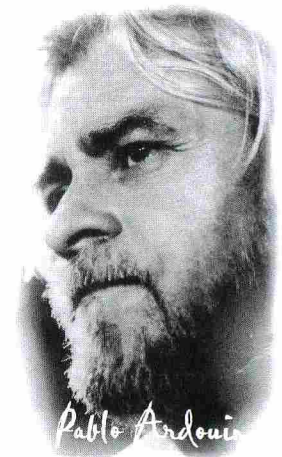
Chile

entre dolor y esperanza -
„...zwischen Schmerz und Hoffnung“

Freitag, den 16. April 1999, 19.30 Uhr
Gewölbekeller im „Goldenen Apfel“
Eintritt : DM 10,-

Eine Veranstaltung der Chile-Initiative
Mörfelden-Walldorf

Barbara Muñoz, Querstraße 15, Mörfelden-Walldorf, Telefon 92 38 70



Stadtgeschichten

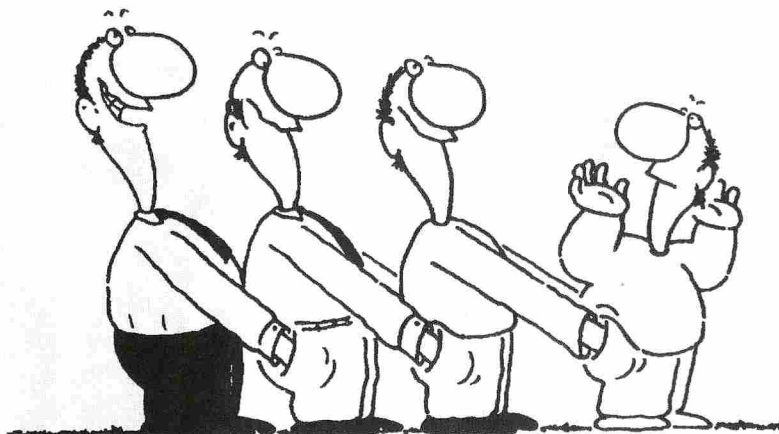


Der Handwagen, auch Wägelchen genannt oder „Wäjelsche“, wie es im Dialekt heißt, war auch in Mörfelden bis Anfang der 60er Jahre, ein unentbehrliches Transportmittel. Er war, wie der Schubkarren, für vielerlei Tätigkeiten einfach notwendig, wie zum Beispiel zum Holz aus dem Wald, oder Futter für Hasen und Ziegen holen. Wer ein Pflanzstück oder einen Acker hatte konnte die Ernte damit nach Hause fahren. Bei „Schwertransporten“ wurde dem Ziehenden an der Deichsel noch ein Gurt um die Schulter gelegt. Ganz eifrige Kleinlandwirte rüsteten das „Wäjelsche“ auch zum Jauchefahrzeug um, indem sie ein Faß aufmontierten.



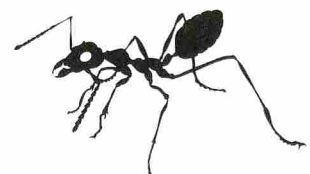
Ein älterer Mörfelder erinnert sich, daß er als Kind immer im Wägelchen sitzen durfte. Eines Tages sagte sein Vater zu ihm „raus aus em Wage, vorne an die Deichsel und gezogen“. Er meinte, von diesem Tag an sei seine Kindheit vorbei gewesen.

Auf dem Bild aus dem Jahre 1940 ist Karl Schweinhardt aus der Liebknechtstraße mit seinem Sohn Karl mit dem Wägelchen unterwegs zu seinem Pflanzstück.



Mit der Euro-Einführung ändert sich für den Normalbürger nichts!

Unser Lexikon



Ehmens
Ameise